



Ausweitung gebührenpflichtiger Polizeieinsätze prüfen

Antrag der CDU-Landtagsfraktion,
Drucksache 16/6856

Die CDU-Fraktion hat einen Antrag zur Ausweitung gebührenpflichtiger Polizeieinsätze in den Landtag NRW eingebracht und erwartet, auf diese Weise Mehreinnahmen für den Landeshaushalt zu generieren. Die Regierungskoalition aus SPD und Grünen, vertreten durch die innenpolitischen Sprecher der beiden Fraktionen, hat in einer Stellungnahme ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht.

Der DPoIG NRW wurde im Rahmen der Expertenanhörung des Innenausschusses am 24. März 2015 Gelegenheit gegeben, zu dem Antrag als Sachverständige Stellung zu beziehen.

Die DPoIG NRW begrüßt grundsätzlich die Initiative der CDU-Fraktion zur Ausweitung gebührenpflichtiger Polizeieinsätze. Allerdings muss im Kern gelten, dass rechtstreue Bürgerinnen und Bürger einen Anspruch auf kostenfreie Leistung der Polizei haben.

Dieser Grundsatz bedeutet aber nicht, dass unter bestimmten Voraussetzungen die Leistung der Polizei nicht auch kostenpflichtig sein kann.

Grundsätzlich gilt nach Auffassung der DPoIG NRW, dass Bürgerinnen und Bürger durch ihre Steuern für den Erhalt der Infrastruktur der inneren Sicherheit bezahlen. Das impliziert nicht zwangsläufig, dass damit auch ein Leistungsanspruch ohne Gebührenerhebung in jedem Fall einhergeht. Insbesondere die Verhaltens- und Zustandshafter können sich nicht darauf berufen, durch das Zahlen der Steuern auch einen Leistungsanspruch erworben zu haben. Vielmehr hat derjenige, der sich rechtskonform verhält, einen Anspruch auf Schutz vor Störungen der Rechtsordnung.

Im Rahmen der Gefahrenabwehr für die öffentliche Sicherheit ist festzustellen, dass Adressaten polizeilicher Maßnahmen regelmäßig durch ihr Verhalten oder durch den Zustand ihrer Sachen die Ursache für das polizeiliche Einschreiten setzen. In vielen anderen Bundesländern hat man dies erkannt und fordert daher auch Kosten vom Verursacher in Form der Gebührenerhebung ein.

Die DPoIG NRW steht auf dem Standpunkt, dass die Erhebung von Gebühren auf weitere Einsätze ausgedehnt werden sollte. Erfahrungen und Regelungen anderer Bundesländer können hier zugrunde gelegt werden.

Nachfolgend ist dargestellt, welche polizeilichen Maßnahmen mit Gebühren belegt werden sollten:

Gewahrsamnahme, Ersatzvornahme im Falle der Umsetzung/Schleppung von Kraftfahrzeugen, Sicherstellung, Ruhestörung sowie „Streitschlichtung“ sind in vielen Bundesländern mit Gebühren versehen und sollten auch in NRW mit Gebühren belegt werden.

■ Höhe der Gebühren

Generell sollten die Gebühren angepasst an die gegenwärtig geltenden Gebührentatbestände der Polizei NRW erhoben werden:

Begleitung von Schwertransporten, vorgetäuschte Gefahrenlage und missbräuchliche Alarmierung sind in NRW ja bereits mit Gebühren belegt.

Im Falle eines Fehlalarms beträgt die Pauschale 55 Euro für jeden eingesetzten Beamten (Funkstreifenbesatzung 110 Euro).

Grundsätzlich gilt ansonsten für den Einsatz von Beamten des gehobenen Dienstes ein Satz von 65 Euro je angefangene Stunde. Die Benutzung von Funkwagen kostet pro Kilometer 0,50 Euro.

Im Falle der Anwendung unmittelbaren Zwangs sollte eine Pauschale zu der Gebühr der Grundmaßnahme addiert werden.

Die DPoIG NRW fordert im Zuge erforderlicher Rechtssicherheit die Einführung eines eigenen Kostentatbestandes innerhalb des PoIG NRW wie er auch im Saarländischen Polizeigesetz (§ 90 SPoIG) besteht.

Durch die Übernahme dieses Paragraphen in den § 24 OBG NRW könnten auch die Ordnungsbehörden aufgrund dieser Vorschrift Gebühren für ihre Einsätze erheben.

■ Durchführung des Verfahrens

Die Kreispolizeibehörden dürfen durch ein neues Gesetz nicht über Gebühr mit neuem Verwaltungsaufwand belastet werden. Daher ist ein möglichst automatisiertes Rechnungswesen zu favorisieren.

Es ist daher zu prüfen, ob zum Beispiel durch bestehende Erfassungsprogramme auch Möglichkeiten bestehen, automatisiert Rechnungen zu erstellen.

Vorstellbar wäre, dass durch eCebius erfasste Einsatzanlässe unmittelbar nach Einsatzabschluss auch entsprechende Gebührentatbestände erfasst und in eine Rechnung überführt.

In eCebius sind Einsatzdauer und Anzahl der eingesetzten Beamten und Einsatzmittel (Funkwagen et cetera) erfasst.

Überdies sind die getroffenen Maßnahmen abgebildet. Aus diesen Parametern lassen sich alle erforderlichen Grundlagen für eine Gebührenrechnung erschließen. Eine solche Vorgehensweise würde den Verwaltungsaufwand gering halten und die Polizei daher nicht zusätzlich belasten.

Die Stellungnahme der DPoIG NRW ist im Internet unter www.dpolg-nrw.de nachzulesen. ■

Impressum:

Redaktion:

Peter Feldbrügge (v. i. S. d. P.)

Tel. 02832.80319

Fax 02832.899995

E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de

Landesgeschäftsstelle:

Dr.-Alfred-Herrhausen-Allee 12

47228 Duisburg

Tel. 02065.701482

Fax 02065.701483

Internet: www.dpolg-nrw.de

Fotos: Fotolia, Eduard Fiegel,

MEV, Friedhelm Windmüller

ISSN 0723-1822

Tarifverhandlungen 2015

Bis zur zweiten Verhandlungsrunde hatten die Verhandlungsführer der Länder kein Angebot vorgelegt. Es gab also gar nichts zu verhandeln. Die Länder haben nur festgestellt, dass die Forderungen der Gewerkschaft utopisch seien. Das kann man nicht Verhandlung nennen! Daher hatten alle Gewerkschaften zu einer Demonstration in Düsseldorf aufgerufen und 20 000 Kolleginnen und Kollegen kamen! Eine überwältigende Zahl und ein überwältigender Anblick!

Bei der Auftaktkundgebung des DBB NRW sprach auch der Landesvorsitzende der DPoIG,

Erich Rettinghaus. In seiner mitreißenden Rede rief er die Ländervertreter zu einem ver-

handlungsfähigen Angebot auf und die wütenden Kolleginnen und Kollegen zu möglicherweise

weiteren noch nötigen Kampfmaßnahmen. Hier seine Rede vor den Kolleginnen und Kollegen:

Rede des Landesvorsitzenden Erich Rettinghaus anlässlich des Warnstreiks und der Demo am 12. März 2015 in Düsseldorf!

2



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir haben uns heute hier versammelt, weil wir etwas vermissen!

Wir vermissen die Wertschätzung der Politik FÜR UNS, also die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst, die tagtäglich dafür sorgen, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Diese Wertschätzung fordern wir ein. Unser Kundgebungsort direkt vor dem Finanzministerium und

dem Landtag von Nordrhein-Westfalen könnte deshalb nicht besser gewählt sein!

Gemeinsam stehen wir hier, Angestellte und Beamte, vereint für gerechte Löhne und faire Arbeitsbedingungen. Das ist ein ganz starkes Zeichen an die Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ihr könnt Euch sicher sein, dass die Landtagsabgeordneten und

vor allem die der Regierungsfaktionen sehr genau hinsehen werden, wie viele Beschäftigte wir heute mobilisieren. Aber auch wir werden sehr genau hinsehen, wie die Politik mit uns umgeht! Schon bald werden Bundestag und Bundesrat über das von Arbeitsministerin Nahles vorgelegte Tarifeinheitsgesetz entscheiden. Wer einem solchen, offensichtlich verfassungswidrigen Gesetz zustimmt, der gehört

nicht ins Parlament und schon gar nicht auf die Regierungsbank. Solche Politiker gehören abgewählt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben nicht vergessen, dass wir im vergangenen Jahr gerechte Einkommen für alle Beamtinnen und Beamten vor dem Verfassungsgerichtshof durchsetzen mussten. Gegen den massiven Widerstand der Arbeitgeber. Und noch immer



meinen viele Politiker, dass es eine ganz tolle Idee sei, die Vergütungen in den einzelnen Besoldungsgruppen unterschiedlich stark anzupassen – obwohl die Verfassungsrichter dem eine klare Absage erteilt haben. Einige lernen offenbar nie dazu!

In diesem Jahr haben die Arbeitgeber in den ersten beiden Verhandlungsrunden für den öffentlichen Dienst kein Angebot vorgelegt. Sie behaupten, unsere Forderungen seien indiskutabel. Davon kann nun wirklich keine Rede sein! Unsere Forderungen sind keineswegs übertrieben, sie sind im Gegenteil moderat und verantwortungsbewusst. Trotzdem wollen die Arbeitgeber nicht einmal darüber reden. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen. Wir müssen die Arbeitgeber dazu zwingen, ihre Blockadehaltung aufzugeben und sich zu bewegen. Deshalb stehen wir heute hier, um Druck auszuüben und für unsere legitimen Forderungen zu kämpfen.

Zu kämpfen

- > für die Erhöhung der Tabellenentgelte um 5,5 Prozent, mindestens aber 175 Euro im Monat;
- > für die Anhebung der Ausbildungsvergütungen um mindestens 100 Euro und die Übernahme aller Auszubildenden durch die Länder;

> und vor allem für die Übertragung des erzielten Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfänger. Und das ohne zeitliche oder inhaltliche Abstriche!

Unsere Forderungen sind weder unangemessen noch übertrieben. Ganz im Gegenteil. Es sind Forderungen mit Augenmaß, um am Ende zu einem fairen Tarifkompromiss zu kommen. Wir sind verhandlungsbereit. Doch die Arbeitgeber wollen ihre Politik der Reallohnverluste auf Kosten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes fortsetzen. Das wird es mit uns nicht geben, liebe Kolleginnen und Kollegen, darauf könnt ihr Euch verlassen! Wir können auch anders – wenn kein vernünftiges Angebot kommt, werden die uns richtig kennenlernen!

Wir wollen endlich einen Ausgleich haben für das, was man uns in den letzten Jahren unter Hinweis auf die leeren Kassen des Staates verweigert hat.

Wir haben unseren Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte nun wirklich geleistet! Wir mussten Kürzungen beim Weihnachtsgeld, die Streichung des Urlaubsgeldes, dreijährige Nullrunden, die Abkoppelung vom Tarif und die Verlängerung der Wochenarbeitszeit hinnehmen.

Und warum wurden uns diese Opfer zugemutet? Damit die Finanzminister von Bund und Ländern heute die „schwarze Null“ im Haushalt wie das goldene Kalb vor sich hertragen können. Doch in Wahrheit wird unser Land kaputtgespart! Das Maß ist jetzt voll, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind die Steuereinnahmen so üppig gesprudelt wie heute. Die Verteilungsspielräume sind größer denn je. Sie müssen nun endlich für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst genutzt werden. Das haben wir uns redlich verdient, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es kann doch wohl nicht sein, dass unsere Politiker ihre Bezüge in schöner Regelmäßigkeit, in Eintracht und ohne lange Debatten anheben, bei unseren Einkommen aber knausern und Sparzwänge vorschreiben. Sicher, die Haushaltslage einiger Länder ist immer noch angespannt. Aber die finanzielle Situation unserer Kolleginnen und Kollegen ist mindestens genauso schwierig! Wir, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sind es, die dieses Land tragen. Ohne uns ist kein Staat zu machen. Ohne uns gibt es keine Sicherheit, keine Verwaltung, keine Bildung und keine Erziehung – kurzum, kein funktionierendes öffentliches Leben. Und auch keine

Steuereinnahmen, die steigen und steigen. Davon wollen wir einen gerechten Anteil – nicht mehr, aber auch nicht weniger!

Wir werden es nicht zulassen, dass bei der diesjährigen Tarifrunde und späteren Übertragung auf die Beamten schon wieder diejenigen in die Röhre schauen, die sich nicht wehren können, weil sie kein Streikrecht haben. **Das machen wir nicht mit!** Wir werden für ein gutes Tarifergebnis und die Übertragung im vollen Umfang auf die Beamtenschaft mit allen Mitteln kämpfen. Das ist nur recht und billig, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Für die anstehende dritte Verhandlungsrunde erwarten wir ein deutliches Gegenkommen der Arbeitgeber. Wir wollen ein ordentliches Tarifvertragsangebot, damit das Trauerspiel ein Ende hat!

Heute demonstrieren wir vereint für unsere gemeinsame Sache, auch die drei Polizeiverkschaften – das ist gut so. Ich freue mich darüber, dass der BdK an unserer Kundgebung teilnimmt. Herzlich Willkommen bei uns!

Die Polizei hat in den letzten Jahren besonders stark unter den exzessiven Sparorgien von Bund und Ländern zu leiden gehabt. Ausrüstung und Einsatzmittel sind zum Teil völlig veraltet. Die Belegschaften



sind personell ausgezehrt und überaltert, es fehlt an geeigneten und qualifizierten Bewerbern für den Polizeiberuf. Das ist ja auch kein Wunder, denn bei den Arbeitsbedingungen, die uns zugemutet werden, gehen immer weniger junge Menschen zur Polizei. Wer will sich schon für die Fehler der Politik verheizen lassen und im täglichen Dienst Anfeindungen bis hin zu brutaler Gewalt ausgesetzt sein?

Viele Kolleginnen und Kollegen sind sowohl physisch als auch mental am Ende! Viele sind einfach ausgebrannt! Sie haben sich in langen Jahren harter und nicht selten gefährlicher Arbeit für unser Gemeinwesen aufgegeben. Da ist es doch nur verständlich, wenn diese Kolleginnen und Kollegen allmählich einen Gang herunterschalten müssen. Schließlich will man die eigene, sauer verdiente Pension noch erleben. Aber die zum Teil katastrophalen Verhältnisse, die uns von den Arbeitgebern zugemutet werden, lassen das kaum zu. Wir müs-

sen bis zum Anschlag rotieren, um das wachsende Arbeitspensum noch bewältigen zu können. Die Hundertschaften kommen gar nicht mehr aus den Stiefeln. „Dienstfrei“ ist zu einem Fremdwort geworden. Der Sparwut unserer Politiker sei „Dank“.

Wir müssen uns kaputtarbeiten, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen, die durch politische Fehlentscheidungen immer mehr gefährdet wird. Wir müssen ausbaden, was die Damen und Herren Politiker verbockt haben. Man denke nur an die gestiegene Kriminalitätsbelastung als Folge der offenen Grenzen zu Osteuropa. Experten hatten vor dieser Entwicklung schon Jahre vorher gewarnt. Doch unsere Politiker wollten das nicht wahrhaben. Anstatt die Polizeien des Bundes und der Länder aufzustocken, um der neuen Herausforderung zu begegnen, hat man bundesweit kräftig gespart. Und der Öffentlichkeit verkauft man das Märchen, dass die

Zahl der Straftaten in Deutschland zurückgehe. Rückläufig ist allenfalls die statistisch erfasste Kriminalität im Hellfeld, also die uns bekannten Straftaten. Kein Wunder, es sind ja auch immer weniger Beamtinnen und Beamte auf den Straßen, die Anzeigen aufnehmen und Straftäter dingfest machen können. Wir verwalten die Kriminalität doch nur noch!

Beinahe täglich nehmen die Gefahren für die innere Sicherheit in Deutschland zu. Ständig tauchen neue Bedrohungen auf, mit denen sich die Polizei auseinandersetzen muss. Aktuell ist es die Anschlagsgefahr durch islamistische Attentäter, die in anderen Staaten Europas bereits brutal zugeschlagen haben. Der Terror steht direkt vor unserer Haustür, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wir sind es, die sich dieser Gefahr an vorderster Front stellen müssen, um die Menschen in Deutschland zu schützen – unter Einsatz unserer Gesundheit und unseres Lebens! Innere Sicherheit gibt es nicht zum Nulltarif!

Und was ist der Dank der Arbeitgeber? Die weigern sich, unsere Gehälter angemessen zu erhöhen und die teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen zu verbessern. Doch jetzt ist Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jahrelang haben wir in wirtschaftlich schweren Zeiten Zurückhaltung geübt und so dazu beigetragen, dass es in Deutschland nun wieder aufwärts geht. Wir haben unseren Beitrag geleistet. Jetzt erwarten wir endlich eine Gegenleistung der öffentlichen Arbeitgeber. Ausflüchte und faule Ausreden können und wollen wir nicht mehr hören!

Gerechtigkeit jetzt! Lasst uns gleich gemeinsam zum Landtag ziehen, um unseren Forderungen laut und deutlich Nachdruck zu verleihen!

Denn wie gesagt: Ohne uns ist kein Staat zu machen! Das müssen endlich auch die Politiker begreifen. Machen wir ihnen klar, was Sache ist. Vielen Dank!



Wieder Verletzte am Rande des Bundesligaspiels



Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert nach erneuten Ausschreitungen am Rande eines Bundesligaspiels, Konzepte gegen Gewalttätigkeiten von Fußballfans endlich durchzusetzen. Nach dem Bundesligaspiel Mönchengladbach gegen Köln kam es zu heftigen Ausschreitungen. Rund 30 vermummte Personen waren nach dem Schlusspfiff auf das Feld gestürmt und hatten sowohl Polizisten als auch Ordner verletzt.

Der DPoIG-Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Erich Rettinghaus, verurteilte die Ausschreitungen scharf: „Im Schatten vom Karneval scheint alles erlaubt – das aber nicht. Das Maß ist mehr als voll und die Zeit der runden Tische vorbei! Die Polizei musste wieder als Prügelknabe und Ausputzer für eventorientierte Hooligans herhalten. Überforderte Ordner in den Stadien und Ultras, die sich unter dem Denkmantel einer gewaltfreien Fankultur an die Verhandlungstische schleichen und mitreden wollen, behindern eine notwendige Deeskalation. Die runden Tische sind vorläufig gescheitert, denn die basieren auf gegenseitigem Interesse an einer dauerhaft

friedlichen Lösung. Es kommt immer wieder zu Gewalt, Abbrennen von Pyrotechnik und anderen Exzessen wie das Stürmen des Spielfeldes. Schlimmer noch, die gewaltbereiten sogenannten Fans werden noch von der Masse geschützt. Ermittlungen der Personalien und Festnahmen werden somit für die Polizei erschwert oder gar verhindert. Dabei gehören hier harte und abschreckende Strafen verhängt. Der Sport, der Fußball, dass Familienevent bleibt auf der Strecke. Eine absolute Minderheit dominiert den Sport, weil wir als Staat nicht durchgreifen und uns über Zuständigkeiten im Innenbereich des Stadion und außerhalb des Stadions streiten.“ DPoIG-Bundesvorsitzen-

der Rainer Wendt fordert, das Stadioninnenraumkonzept bei Fußballspielen auf den Prüfstand zu stellen: „Gewalttäter gehören raus aus den Stadien, bessere Einlasskontrollen durch qualifizierte Ordner sind dringend vonnöten. Außerdem müssen sich die Verantwortlichen fragen, ob Stehplätze der Sicherheit im Stadion nicht eher schaden. Zur Not muss das Stadioninnenraumkonzept komplett unter polizeiliche Führung gestellt werden. Die Polizei sorgt zwar außerhalb der Stadien für Sicherheit und Ordnung, aber das scheint nun auch erforderlich zu sein in den Innenräumen der Stadien. Allerdings bedarf es dazu der Zustimmung von DFB und DFL.“

Jüngst wurde der 1. FC Köln vom DFB verurteilt, neben einer nicht unerheblichen Geldstrafe auch noch drei Bundesligaspiele mit erheblich weniger Zuschauern (zwei Stehplatzbereiche bleiben gesperrt) durchzuführen. Ob das die Chaoten zur Vernunft bringt, bleibt abzuwarten.

Die DPoIG ist nicht gegen eine gute Stimmung im Stadion.

Fangesänge, Anfeuerungen an die Mannschaft müssen sein und dürfen auch laut sein! Aber gehören zu Anfeuerungen – auch wenn es das Wort schon fast impliziert – immer auch das Abbrennen von Feuerwerkskörpern und bengalischen Feuern? Dies ist einfach in einer Menschenmenge nicht zu tolerieren und ist und bleibt verboten! Keiner will ein stilles Stadion in dem 22 Mann (oder auch Frau) hinter einem Ball herlaufen. Das Fußballspiel ist ein körperbetontes Spiel und verlangt nach lautstarker Unterstützung. Das geht auch ohne Körperverletzungen und sogar auch ohne Beleidigungen. Einige der sogenannten Fans schrecken sogar nicht davor zurück, Reporter in ihren Fahrzeugen zu bedrohen, nur weil diese nicht in ihrem Sinne berichtet haben – verkehrte Welt!

Die DPoIG wird die Lage in und um die Stadien weiter beobachten und begleiten. Allerdings glauben wir nicht, dass es über kurz oder lang möglich sein wird, erheblich weniger als 1,8 Millionen Mannstunden wie in der Saison 2012/1013 einplanen zu können. ■

Technische Möglichkeiten nutzen oder weiter wie bisher

Mit der landes- und damit flächendeckenden Einführung des Digitalfunks kann auch die hiermit implizierte Technik der Ortung genutzt werden. Über GPS können sowohl die MRT als auch die HRT geortet werden.

Allerdings müssen hier zunächst rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. In einer Expertenanhörung im Innenausschuss des Landtages nahm Erich Rettinghaus als Landesvorsitzender der DPoIG NRW zu einem Gesetzentwurf Stellung. Der Entwurf sieht die Änderung des Datenschutzgesetzes vor. Dem Paragraphen 29 a (Mobile personenbezogene Datenverarbeitung) soll ein Absatz 4 hinzugefügt werden. Hierin sollen die Leit- und Befehlsstellen ermächtigt werden, die geografischen Daten aus den Funkgeräten zu nutzen, um den Standort eines solchen Gerätes festzustellen.

Hiermit soll es ermöglicht werden, Einsatzkräfte besser zu koordinieren und in Problemfällen den eingesetzten Kräften besser und damit schneller Hilfe durch Unterstützungskräfte zukommen zu lassen. Dies ist für jede Kollegin, jeden Kollegen, die mit einem Funkgerät ausgestattet sind, ein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung. Ein sehr hohes Grundrecht, bei dem gut überlegt werden sollte, ob hier ein Eingriff ermöglicht werden darf. Was sich keiner wünscht: der gläserne Polizist!

Je höher ein Grundrecht durch Maßnahmen eingeengt wird,

umso höher muss die rechtliche Hürde hierzu sein. Eine globale Speicherung der Daten, möglicherweise auch noch für einen längeren Zeitraum und mit nicht geregelter Zugriff, wird es mit der DPoIG NRW nicht geben! Es wird nicht jeder überprüfen können, wer wann wo mit seinem Funkgerät war. Eine solche Kontrolle widerspricht deutlich dem Schutz aus Art. 1 Abs. 2 – dem Recht auf informelle Selbstbestimmung. Aber ein geregelter, eng begrenzter Zugriff – wozu nur in besonderen Einsatzlagen – bietet deutlich bessere und professionellere Polizeiarbeit. Dem wird sich die DPoIG nicht entgegenstellen.

Aus unserer Sicht kann der vorgeschlagene Gesetztext so nicht übernommen werden. Es sollten noch wichtige, klar-

stellende Punkte aufgenommen werden:

- > Muss es eine ständige Übertragung der Daten geben, reicht eine aus besonderem Anlass erhobene Datenspeicherung nicht aus (während der normalen Streifenfahrt oder aus Anlass eines Großschadenereignisses)?
- > Muss eine erhobene Datenspeicherung den Einsatzkräften mitgeteilt werden (durch Kontrolllampe am Gerät)?
- > Muss der Verfassungsschutz tatsächlich auf die Daten der Polizei und der Rettungsdienste zugreifen können?

Bevor diese Fragen nicht geklärt sind, sollte einem solchen Gesetzentwurf keine Zustimmung erteilt werden!

Die DPoIG NRW bleibt am Ball! Wir waren übrigens die einzige Gewerkschaft, die im Innenausschuss die Belange der Polizeibeschäftigten in dieser durchaus wichtigen Sache vertreten hat!

Wechsel beim Vorsitz im Personalrat des PP Hamm – Hamm bleibt blau



> Horst Pirog (links) wird von Jürgen Froese verabschiedet.

Horst Pirog leitete seit den Personalratswahlen 2008 den Personalrat beim Polizeipräsidium Hamm. Mit viel Geschick und Verhandlungskalkül konnte er die Belange der Beschäftigten beim Polizeipräsidium vertreten. Dabei konnte er viele Ungerechtigkeiten und Belastungen im Einzelfall verhindern. Personalentscheidungen sind stets schwierig, aber mit Augenmaß und Menschlichkeit hat sich Horst Pirog bis zu seinem verdienten Ruhestand für alle Kolleginnen und Kollegen uneigennützig eingesetzt.

Den Vorsitz im Personalrat übernahm nun zum 1. März

2015 Jürgen Froese. Jürgen ist 52 Jahre alt und wird nun die Belange der Kolleginnen und Kollegen – egal ob Tarifbeschäftigter oder Beamter – beim PP Hamm vertreten. Er wird als Spitzenkandidat der DPoIG Hamm in den Wahlkampf für die nächsten Personalratswahlen 2016 ziehen.

Der Polizeispiegel wünscht Horst Pirog eine lange und schöne Zeit mit seiner Familie, insbesondere mit den Enkelkindern. Jürgen Froese wünschen wir ein „glückliches Händchen“ und viel Erfolg bei den Verhandlungen mit der Behördenleitung!



Neuer Vorstand in Herford

Der Kreisverband Herford hatte zur diesjährigen Jahreshauptversammlung geladen.



> Mike Mensenkamp (links) übernimmt den Vorsitz von Heinz-Wilhelm Vogt.

In seinem Rechenschaftsbericht informierte der scheidende 1. Vorsitzende Heinz-Wilhelm Vogt über einzelne Dinge, die die Kollegenschaft im vergangenen Jahr bewegte, sowie über die Vorstandsarbeit, welche in insgesamt acht Sitzungen geleistet wurde. Zur Personalratsarbeit stellte er heraus, dass viele dort behandelte Themen nicht öffentlich gemacht werden dürfen und somit die Berichterstattung zu dieser Arbeit einer besonderen Problematik unterliegt. In Sachen Rechtsschutz schilderte er, dass sich

die DPoIG und zusätzlich auch unser Kreisverband Herford gemäß Beschluss als Einzelfallentscheidung an Kosten beteiligt, welche trotz Freispruch für ein Mitglied entstanden waren.

Mit sieben Neumitgliedern konnte der Vorsitzende auf eine positive Mitgliederentwicklung verweisen. An Gottfried Lüttke, der leider verstarb, wurde in einer Gedenkminute erinnert.

Heinz-Wilhelm Vogt berichtete ferner über eine Fahrt nach

Düsseldorf vom 8. November 2014, die Kreisvorsitzendenkonferenz in Kalkar vom 9. November 2014 sowie als Ausblick über den anstehenden Landesdelegiertentag in Dortmund Ende diesen Monats und über einen neuen Versuch für ein Doppelkopfturnier im April.

Schließlich konnte er die Ehrungen von Heinz-Jürgen Tücke (25-jährige Mitgliedschaft), Gerd Beiderwieden und Manfred Andrichke (beide 50-jährige Mitgliedschaft) vornehmen. Den Geehrten wurden Urkunden und Präsente überreicht.

Nach Bericht des Kassierers Reinhard König zu einem gesunden Kassenstand und Bestätigung der ordnungsgemäßen Kassenführung durch die Kassenprüfer Marcel Leeferink und Stefan Westerbeck wurde der Vorstand bei eigener Entlastung entlastet.

Dem Punkt Wahlen kam in diesem Jahr eine besondere Bedeutung zu. Der 1. Vorsitzende hatte vorab angekündigt, aufgrund seiner bevorstehenden Pensionierung das Amt nicht

fortführen zu wollen. Als sein Nachfolger wurde Mike Mensenkamp gewählt.

Heinz-Wilhelm Vogt wurde als Pensionärsvertreter in den Vorstand gewählt und hält damit auch zukünftig den Kontakt zu den „alten“ Kolleginnen und Kollegen, steht aber auch im Vorstand mit seinem langjährigen Wissen weiterhin zur Verfügung.

Zusammen mit den wiedergewählten Vorstandsmitgliedern Reinhard König (Kassierer), Bernd Kuhlhoff (1. Schriftführer), Steffi Leeferink (2. Schriftführerin) ist der Vorstand damit zukunftsweisend aufgestellt.

Ein Vortrag von Ernst-August Brune zur Arbeit des Weißen Ring e. V. sowie eine Vorstellung der BBBank (gegründet 1921 von Beamten; kostenlose Kontoführung; kostenlose Kreditkarte) durch die Regionalbevollmächtigte öffentlicher Dienst, Frau Marina Rekek, sowie das traditionelle gemeinsame Essen rundeten die Veranstaltung ab. ■

Fit für den Einsatz

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat für ihre Mitglieder ein ganz besonderes Angebot verhandeln können.

Der größte inhabergeführte Fitnessanbieter Nordrhein-Westfalens, Just Fit, bietet Mitgliedern der DPoIG NRW Fitness zu einem Preisvorteil von 50 Prozent an. Das bedeutet Training bereits ab einem Unkostenbeitrag in Höhe von 9,90

Euro/Monat und Gesundheitsvorsorge zum kleinen Preis. Dieser Beitrag beinhaltet das reine Gerätetraining. Wer Cardio, Kurse, Sauna und mehr genießen möchte, kann dies bereits ab einem Beitrag in Höhe von 19,90 Euro/Monat tun.





Just Fit gehört zu den führenden Fitnessanbietern in Nordrhein-Westfalen und betreibt derzeit 21 hochmoderne Fitnessanlagen, davon alleine neun in Köln.

Unterschiedliche Clubkonzepte von Light bis Premium bieten Fitness, Kurse und Wellness auf hohem Niveau sowie neueste Geräteparks. Der größte Fitnessclub von Just Fit befindet sich im Kölner Mediapark, Highlights hier ein 20-Meter-Swimmingpool und die atemberaubende Aussicht.

Mit mehr als 700 Mitarbeitern unterstützt das Familienunternehmen Just Fit jedes einzelne Mitglied bei der Erreichung der individuellen Ziele, hilft, deren Fitness zu steigern und die Gesundheit zu fördern. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Frechen versteht sich als moderne und große Sport- und Fitnessfamilie und schafft mit einer besonderen Wohlfühl-Atmosphäre für jedes Mitglied ein Zuhause.

**Wir fördern Ihre Gesundheit!
DPoIG und Just Fit**



Skifreizeit mit der DPoIG NRW

Livigno (Italien) 23. Januar—30. Januar 2016

Nur noch wenige Plätze frei!

**Die Kosten betragen 525,00 €/ Pers., für 7 Tg. im DZ (Einzelzimmer nicht möglich) Incl. Halbpension und gratis WLAN.
An-/Abreise in gut ausgestattetem Reisebus mit genügend Stauraum für Gepäck**

Infos zum Hotel:

Das Hotel *** San Giovanni liegt direkt am Skigebiet / Skilift. <http://www.hotelsangiovannilivigno.com/>



Infos zu Ort und Skigebiet:

Der Ort Livigno (**zollfreies** Gebiet) ist ein renommierter Wintersportort inmitten der Alpen, auf einer Höhe von ca. 1800m im Herzen von Europa, auf halben Weg zwischen Zürich und Mailand.

Die Entfernung Ruhrgebiet – Livigno beträgt ca. 850 km. Mit 33 Lifтанlagen wird man bis in eine Höhe von 3000m gebracht und kann insgesamt 115 Pistenkilometer genießen. Livigno verfügt über ca. 40 km Langlaufloipen.

In Planung ist noch eine Tagesfahrt mit dem Bus nach St. Moritz. Ein Skipass wird in 2016 ca.200€ pro Woche kosten. Skiausrüstung kann auch vor Ort geliehen werden.

Nähere Infos und Anmeldung unter:
DPoIG NRW Landesgeschäftsstelle
Dr.-Alfred-Herrhausen-Allee 12
47228 Duisburg
02065/701482
info@dpolg-nrw.de